

## Umbau des städtischen Rheinufers

## «Alle Visionen sind gescheitert»

Als «Strassensanierung» und «M-Budget-Variante» bezeichnen Kritiker das Rheinuferprojekt. Der Grund dafür scheint in der «Sparbaupolitik» Raphaël Rohners zu liegen. Der Stadtrat weist die Kritik zurück.

## ■ Kevin Brühlmann

Ja, was passiert da eigentlich so, am Rheinufer? Seit Jahren wird darüber debattiert, in ellenlangen Prozessen. Doch was jetzt? «Jetzt haben wir ein Gebiss, das vielleicht noch zehn Zähne hat», ärgert sich Christian Wackerlin, Präsident des Schaffhauser Architekturforums Scharf. «Seit 15 Jahren engagieren wir uns für die Aufwertung des Rheinufers. Seit 15 Jahren! Und was ist dabei herausgekommen? Eine Strassensanierung, mehr nicht.»

Im vergangenen September präsentierte FDP-Stadtrat Raphaël Rohner eine Vorlage mit dem Titel «Rheinuferneugestaltung». Für 12,8 Millionen Franken sollen Rheinstrasse, Bachstrasse und Uferpromenade (die sogenannte «Kragplatte») saniert werden. Das hält der Stadtrat für «zwingend notwendig», schliesslich datieren die Bauten aus dem Jahr 1960. Geplant sind auch ein Fussgängersteg über den Rhein, zwei neue Zebrastreifen sowie einige Bäume, eine Hecke und eine «Sitzstange» entlang dem Fluss. Ansonsten bleibt prak-

tisch alles so, wie es heute ist. Bezahlen muss die Stadt selbst nur 6,7 Millionen Franken. Bund (2,92 Millionen), Kanton (2,52 Millionen) und Kraftwerk (700'000) finanzieren den Umbau mit.

«Das schlichte und einfache Vegetationskonzept», steht in der Vorlage, «schafft durch die Linearität der Hecke und das Punktuelle der Platanengruppen ein einheitliches Bild der Promenade.» Raphaël Rohner bewertet den Umbau als «deutliche Aufwertung für Fussgänger und Velofahrer» mit «erheblichem Mehrwert». Auch Karin Brand, Chefin des Hochbauamts und für das Projekt zuständig, spricht von einer «Aufwertung sämtlicher Plätze». Dinge wie zum Beispiel eine Plattform auf dem Wasser zum «Füsse ins Wasser halten» seien halt «aus Sicherheitsgründen» nicht denkbar.

## «M-Budget-Variante»

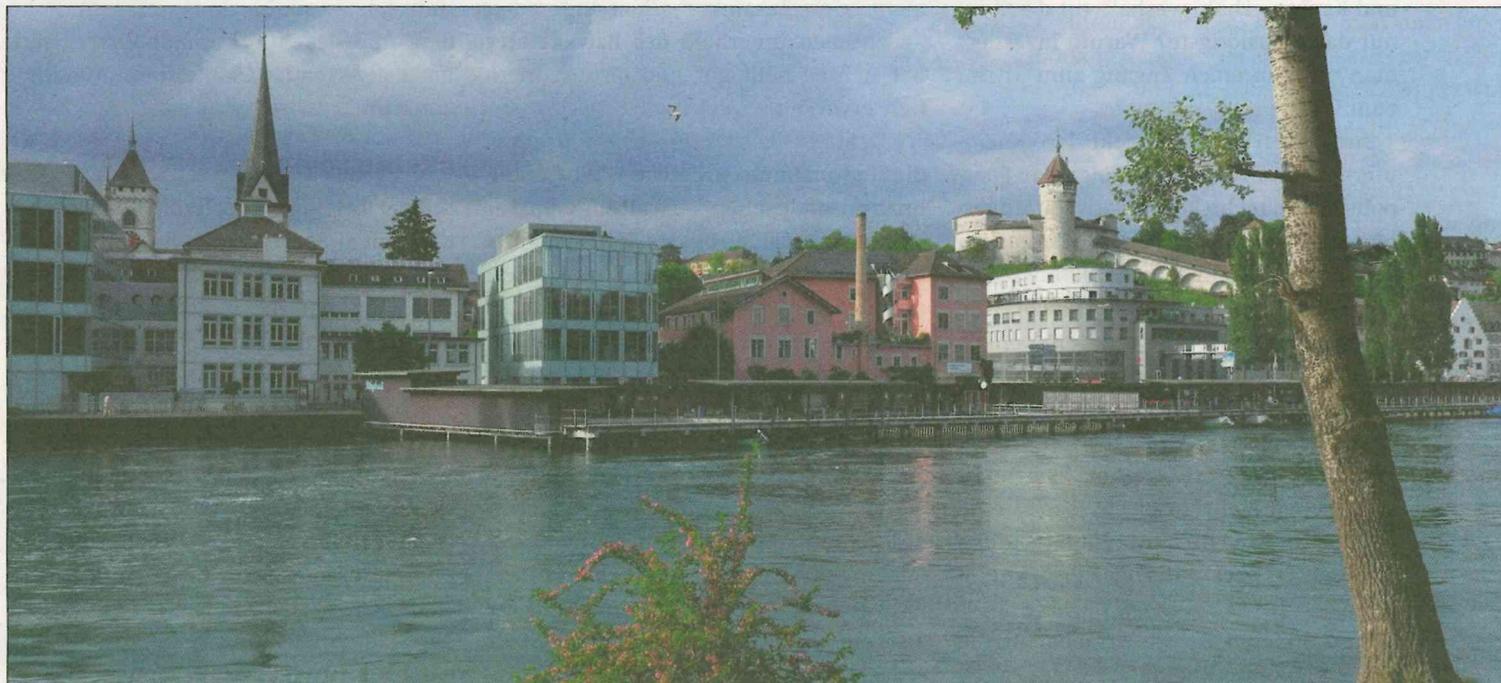
Letzte Woche wurde bekannt, dass die Spezialkommission des Grossen Stadtrats das Rheinufer-Projekt weiter ausgedünnt hat: Aus Spargründen strich man den 1,7 Millionen Franken teuren Steg.

Wenn die Schaffung eines neuen Fussgängerstreifens unter der Rubrik «Neugestaltung» extra hervorgehoben wird, dann spricht das nicht unbedingt für das Visionäre eines städtebaulichen Projekts, im Gegenteil, finden Kritiker. «Den Ausdruck Neugestaltung kann man sowieso streichen», meint etwa SP-Fraktionschef Urs Tanner. «Es ist bloss eine bessere Asphaltauffrischung.»

Nun, am 21. Juni, berät das Parlament über die Vorlage. Und vermutlich wird sie so durchkommen wie von der Kommission vorgeschlagen; auch wenn Urs Tanner versuchen wird, die Brücke wieder aufzunehmen – separat, um sie dem Stimmvolk vorlegen zu können. «Mit dem Steg wurde die einzige Aufwertung in dieser M-Budget-Variante gestrichen», sagt er. «Der Rat sollte die Brücke nicht durchschmuggeln. Sonst wird der jahrelange Partizipationsprozess zur Pseudoübung.»

## «Weitere 50 Jahre zubetoniert»

Partizipation – genau hier setzt auch die Kritik von Scharf-Präsident Christian Wackerlin an. Die Resultate des Mitwir-



Blick auf das Rheinufer, das umgebaut werden soll. An dieser Stelle ist auch der geplante Steg geplant.

Fotos: Peter Pfister

kungsprozesses, bei dem sich Teile der Bevölkerung über Jahre mit Ideen eingesetzt hatten, habe man in eine Schublade gesteckt, liegen gelassen.

Wäckerlin hätte sich am Fluss Raum zum Verweilen für die Schaffhauserinnen und Schaffhauser gewünscht, «Aufenthaltsqualität» in seinen Worten. Sprich: Langsamverkehr, Zugang zum Rhein, und zwar leicht unterhalb des Strassenniveaus, damit der Motorenlärm weniger störend wirkt. Wäckerlin hält aber fest: «Das hat nichts mit Autohass zu tun, mit der Strasse kann ich sehr gut leben.» Es müsse einfach ein Gleichgewicht zwischen Autos und Spaziergängern geben. Doch die Pläne des Stadtrates seien in dieser Hinsicht kontraproduktiv.

Auch Roland Hofer, Scharf-Vorstandsmitglied und Architekt, lässt kein gutes Haar am Rheinuferprojekt: «So kann man Schaffhausen nicht attraktiver machen und schon gar nicht im Wettbewerb mit anderen Städten mithalten.» Für diese Vorlage sei ihm jeder Franken zu schade. Er mahnt auch: «Wenn man jetzt nicht etwas für die Bevölkerung macht, bleibt der Rhein für 50 weitere Jahre zubetoniert.» Und Christian Wäckerlin resümiert: «Alle Visionen sind gescheitert.»

### Warum?

Sind sie tatsächlich alle gescheitert, die Visionen? Um darüber Klarheit zu erlangen, muss man die Frage wohl umformulieren: Wenn sowohl Strasse als auch Uferpromenade ohnehin saniert werden müssen und man dafür Geld von Bund und Kanton erhält, weshalb tut die Stadt nur das Allernötigste? Warum investiert man nicht in einen Zugang zum Rhein, zum Wasser?

Zum einen ist das Projekt der «Rheinuferneugestaltung» eine Folge der Sparpolitik des rechtskonservativ dominierten Stadtparlaments – das bekanntlich gehörig Druck auf Raphaël Rohner ausübt. Einen Vorgeschmack hatte schon die Causa Schulhaus Breite gegeben. Damals glaubte die rechte Ratsseite, ein billigeres Gebäude erstellen zu können, wenn sie denn nur selbst ans Werk gelassen werde. Wie dies endete, ist bekannt: Es kam zu erheblichen Mehrkosten, weil man eine zweite Offerte für ein vordergründig günstigeres, aber unfertiges Projekt einholte.

Zum anderen ist die Ursache für die vielgescholtene Rheinufervorlage auch intern zu suchen, im Baureferat selbst:



In der Kritik: Raphaël Rohner, hier beim Spatenstich zum «Freien Platz».

beim Verhältnis zwischen Hochbauamt und Stadtplanung. «Das Projekt wurde viel zu früh von der visionären Stadtplanung ins auf die Umsetzung fokussierte Hochbauamt gezügelt», meint Andres Bächtold, Architekt und ebenfalls Scharf-Vorstandsmitglied. «Ausserdem arbeiten die beiden Abteilungen nicht miteinander.» Rohner selbst widerspricht vehement: «Die Zusammenarbeit unter den Stabsstellen innerhalb des Baureferates hat sich als sehr gut und lösungsorientiert erwiesen.»

Jedenfalls: Es ist kein Geheimnis, dass die Stadtplanung eine etwas isolierte Stellung im städtischen Verwaltungsapparat einnimmt; die Büros des Hochbauamts und der Stadtplanung sind nur schon räumlich getrennt – dies aufgrund der von Rohner lancierten Reorganisation seines Referates von Anfang 2014.

### Ausbootung der Stadtplanung

Die Stadtplanung befasst sich offiziell «mit allen strategischen Aufgaben der Stadtplanung und der städtebaulichen Entwicklung» – auf der «strategischen und operativen Ebene». Sie ist also ein Ort, wo die Zukunft der Stadt erdacht wird, über das aktuelle Tagesgeschehen hinaus. Doch das Visionäre

wird zusehends erstickt. Bei den hängigen Grossprojekten, um die sich Rohner zurzeit kümmert, ist es nicht die Stadtplanung, die mit der Leitung beauftragt ist. Bei der Sanierung des Stadthausgevierts, beim Kammgarnareal, beim Umbau der «Tanne»-Liegenschaft sowie beim Schulhaus Breite und beim Rheinufer ist Hochbauamt-Chefin Karin Brand federführend. Sie gilt als treue Gefährtin Rohners und dessen «Sparbaupolitik». Und nicht als kreative Planerin, die Gesamtkonzepte entwirft.

### «Keine Logik»

Rohner beteuert jedoch, dass das Rheinufer «nicht Sache der Stadtplanung, sondern des Bereichs Hochbau» sei. Überdies habe man die Stadtplanung «in die Steuerungsgruppe zum Bauprojekt» einbezogen.

Scharf-Präsident Christian Wäckerlin kritisiert die Aufgabenteilung dennoch: Schon aus Kapazitätsgründen könnten sich Brand und das Hochbauamt, die sich ja um die Umsetzung von Bauprojekten kümmern müssten, nicht seriös mit Stadtplanung befassen. «Deshalb ist in der Stadtentwicklung keine zusammenhängende Logik zu erkennen, keine Grundidee.»